

Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

Ralf Derichs

zum Entwurf des Haushaltsplans 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch im vergangenen Jahr haben uns die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Folgen intensiv beschäftigt und unseren Alltag noch immer bestimmt. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erleben wir nun wieder einen Krieg in Europa.

Das Leid, das in der Ukraine entstanden ist, hat auch die Menschen in unserem Kreis berührt. Viele Ukrainerinnen und Ukrainer haben in Deutschland und auch im Kreis Heinsberg Zuflucht gefunden.

Ebenso wie in der Corona-Pandemie haben sich Menschen privat, in Vereinen, Verbänden oder Kirchen organisiert, für das Gemeinwohl eingesetzt. Auch hauptamtlich wurden über die regulären Aufgaben hinaus viel geleistet. Für das besondere Engagement in Krisenzeiten gilt unser aller Dank und Respekt.

Meine Fraktion ist dankbar dafür, dass ein Antrag zur Solidaritätspartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine auf einer breiten politischen Grundlage gemeinsam gestellt wurde.

Der heute vorliegende Haushaltsplan spiegelt diese genannten Krisen wieder. Zwar können die Ausgaben isoliert werden und spielen für die Kreisumlage keine Rolle. Gleichwohl wird im Jahr 2025 zu entscheiden sein, ob sie einmalig -teilweise oder in Gänze- beglichen werden oder bis zu 50 Jahre lang abgeschrieben werden. Jede Variante bietet Argumente

die dafür und dagegen sprechen. Es wird eine intensive, zukunftsweisende Entscheidung, die in zwei Jahren zu treffen sein wird.

Lieber Herr Goertz, in Ihrer diesmal sehr politischen Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf haben Sie die als „Sondervermögen“ titulierte Verpflichtung des Landes kritisiert, krisenbedingte Ausgaben in einem Sonderhaushalt zu isolieren. Nun kann man sich sicherlich an dem euphemistischen Begriff „Sondervermögen“ abarbeiten. Wo stünden wir aber mit unserer Investitionsfähigkeit und wie hoch wäre die Kreisumlage, wenn die Isolierung der der krisenbedingten Ausgaben nicht erfolgt wäre. Ohne die Isolierung könnten viele Kommunen keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Richtig ist jedoch, dass das Gesetz zur Isolierung eine reine Bilanzierungshilfe ist und keine finanziellen Unterstützungen enthält. Deshalb müsste es dringend und kurzfristig von echten Hilfen begleitet werden. Ihre Kritik an der Landesregierung, dass das Land seiner Verpflichtung zur angemessenen Finanzausstattung der Kommunen nur teilweise nachkommt, teilen wir daher. Wir teilen ebenfalls Ihre Auffassung, dass die bislang angedachte Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage um einen Prozentpunkt zu wenig ist und hoffen, dass es hier noch zu einer weiteren Verbesserung kommen wird. Wir jedenfalls haben dies auch unserer Fraktion in der Landschaftsversammlung gegenüber deutlich gemacht.

Dass der Entwurf des Haushaltsplans in interaktiver Form den Kreistagsmitgliedern und sachkundigen Bürgern zur Verfügung steht, ist gut. Wir vermissen allerdings die Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger auch einen Einblick in den Haushaltsentwurf zu bekommen. Wir möchten daher anregen, diesen auch mit den Plänen der vergangenen Jahre online zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Haushaltsplan und den damit verbundenen Ausgaben werden aber auch die Weichen für die Zukunft unseres Kreises gestellt. Er bildet politische Entscheidungen ab, die im Kreistag mehrheitlich getroffen oder eben nicht getroffen wurden.

Bereits in den vergangenen Jahren gab es Themen, die meine Fraktion immer wieder kritisiert hat. Für die meisten gibt es noch immer keine Lösung. Auch in diesem Haushaltsplan sind keine Investitionen in eine nachhaltige Zukunft vorgesehen. Visionen und Entwicklungen für die Zukunft des Kreises bleiben Sie, Herr Landrat, auch mit diesem Haushaltsplan schuldig.

Auch in diesem Plan finden sich keine Lösungen für die immer prekärer werdende Wohnungsmarktsituation, den Fachkräftemangel, der auch bereits im Kreis Heinsberg angekommen ist, den drohenden Ärztemangel oder Anreize für den Zuzug von Auszubildenden.

Lassen Sie mich mit dem Thema Gesundheitsversorgung beginnen. Wir meinen, der Kreis sollte hier aktiv werden und mit den Kommunen ein Konzept erarbeiten, um junge Ärztinnen und Ärzte zu unterstützen, z.B. bei der Suche nach Praxisräumen. Um Ärztinnen und Ärzte für unsere Region zu gewinnen, ist ein wichtiger Punkt das soziale Umfeld: Wo finde ich eine geeignete Wohnung oder Haus? Wo gibt es Kindergartenplätzen?

Es wäre hilfreich, entsprechende Informationen z.B. über eine Website darzustellen.

Verschiedene Kommunen und Kreise sind schon sehr aktiv indem sie Praxen in eigener Trägerschaft einrichten und diese dann an Ärztinnen und Ärzte vermieten. Das Ärztezentrum Büsum gGmbH wurde im April 2015 als bundesweit erste kommunale Eigeneinrichtung gegründet. Mit ihm

konnte die dauerhafte medizinische Versorgung vor Ort sichergestellt werden. Andere Kommunen folgten diesem Beispiel. Der Einstieg in die Selbstständigkeit wird somit erleichtert und für sie kostengünstiger.

Nachdem das Thema Wohnen u.a. auch von der SPD-Fraktion aufgegriffen und mit konkreten Maßnahmen wie der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft hinterlegt wurde, wurde 2017 beschlossen, eine Studie zum Wohnungsbau in unserem Kreis in Auftrag zu geben. Diese wurde im April 2019 von Prof. Dr. Torsten Bölting von der InWIS Forschung & Beratung GmbH, Bochum, vorgestellt. Danach wurde ein Bedarf zum Bau von 11.000 neuen Wohnungen bis zum Jahr 2030 prognostiziert. Die Situation wird dadurch sicherlich erheblich verschärft, dass seit dem menschenverachtenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine viele Flüchtlinge aus der Ukraine zu uns gekommen sind, die bezahlbaren Wohnraum benötigen.

Neue Zahlen zeigen auf, dass der Kreis Heinsberg hinsichtlich der Bevölkerungszahl weiter wächst – damit wachsen auch die Bedarfe für bezahlbaren Wohnraum.

Auf eine Nachfrage der SPD-Fraktion im Jahr 2020 haben Sie, Herr Landrat Pusch, erklärt, dass sie aus der InWIS-Studie keinen Handlungsbedarf für den Kreis sehen. Nochmal unsere Frage: Warum geben Sie für viel Geld aus dem Kreishaushalt eine Studie in Auftrag, wenn sie aus den Ergebnissen anschließend keine Konsequenzen zu ziehen bereit sind?

Mehrfach haben Sie unser Anliegen zur Förderung des Wohnungsbaus zum Beispiel durch eine (interkommunale) Wohnungsbaugesellschaft oder -genossenschaft oder durch andere Förderung des Baus insbesondere von Sozialwohnungen und bezahlbaren Standardwohnungen zurückgewiesen.

Damit widersprechen Sie aber dem Leitbild, dass der Kreis Heinsberg sich am 27.09.2018 gegeben hat. Hier heißt es:

(Ziff. 2) Der Kreis Heinsberg soll zu einem noch attraktiveren Lebens-,Lern- und Arbeitsraum für alle Lebensphasen seiner Einwohnerinnen und Einwohner in all ihrer Verschiedenheit werden.

(Ziff. 3) Menschen in jeder Lebensphase sollen im Kreis Heinsberg auf ein ihrer Lebenssituation entsprechendes Angebot treffen. Hier wird der Kreis die Städte und Gemeinden zur Schaffung von innovativen Wohnstrukturen anregen und bei der Umsetzung unterstützen.

Die Suche vieler Menschen im Kreis Heinsberg nach bezahlbarem Wohnraum wird immer schwieriger. Sorgen Sie mit für einen attraktiveren Lebensraum und ein der Lebenssituation der Menschen entsprechendes Angebot.

Dazu gehören auch Auszubildendenwohnräume und das Drängen gegenüber Arbeitsgebern, Betriebswohnungen anzubieten.

In der Diskussion um unseren Antrag zum Auszubildendenwohnheim ist es wieder deutlich geworden: Zwischen den Fraktionen hier im Haus gibt es eine deutliche Unterscheidung zu der Frage, für was ein Kreis denn zuständig ist. Kreise haben jedoch nicht lediglich eine Nachwächterfunktion. Wir alle hier haben die Aufgabe, die Lebenssituation der Menschen in unserem Kreis zu verbessern. Es ist immer das Gleiche: Entweder es wird der Bedarf in Frage gestellt: Das war zunächst bei der Frauenberatungsstelle so, das ist bei der Verbraucherberatung so. Oder es wird die Zuständigkeiten in Frage gestellt: Das ist beim Wohnungsbau so, wo aber andere Kreise und Landräte (auch solche die der CDU angehören) längst unterwegs sind.

Hingegen positiv bewerten wir, dass der Kreis im Bereich Bildung investiert. Nicht zuletzt entscheiden gute Bildungsangebote darüber, ob der Kreis Heinsberg für Familien attraktiv bleibt.

Und mittlerweile sollte ist es auch dem Letzten klargeworden sein: die Lage in der Bildung ist sehr ernst. Die Bildungskatastrophe ist real und täglich spürbar.

Durch den dramatischen Mangel an Lehrkräften kann man dem Bildungsauftrag schon lange nicht mehr vollumfänglich gerecht werden. Unterrichtsausfall ist allorts eine große Belastung. Für Schulen und Eltern.

Wir begrüßen, dass Sie sich Herr Landrat in dieser Frage auch überregional engagiert und sich in einer gemeinsamen Veranstaltung in Aachen dafür stark gemacht haben, dass Aachen wieder Hochschulstandort für die Ausbildung von Grundschullehrkräften wird.

Aber Sie sollten auch hier im Hause ihr Hausaufgaben machen und auch vor Ort dafür Sorge tragen, dass dem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern entschlossen entgegengetreten wird.

Für uns ist damit untrennbar verbunden, dass das Schulamt hier im Hause so besetzt ist, dass die notwendigen Aufgaben fristgerecht erfüllt werden können. Es darf keine Verzögerung bei der Bearbeitung von Arbeitserträgen geben. Im Schulamt des Kreises Heinsberg sind seit Monaten viele Schreibtische unbesetzt. Es gibt keine Vertretungsregelung für langfristige Erkrankungen. Sachbearbeitungen liegen brach, Bescheide werden nicht erstellt. Wie wir hören, war zeitweise nur ein einziger Schreibtisch im Schulamt besetzt.

Insbesondere mit Blick auf die Aufgabenmehrungen, die jetzt schon absehbar sind und durch die Ankündigungen von Schulministerin Feller noch

anstehen, ist es dringend nötig, das Schulamt so zu bewirtschaften, dass die Aufgaben erfüllt werden können.

Wenn für die befristeten Vertretungskräfte nicht zum Ende des Vertrages der Anschlussvertrag vorliegt, laufen wir im Kreis Heinsberg Gefahr, noch mehr Lehrkräfte zu verlieren, die dann in den Nachbarkreisen bessere Angebote bekommen. Daher nochmals: Bitte machen Sie auch hier Ihre Hausaufgaben!

Mit Blick auf die Förderschullandschaft bewerten wir die bisherigen Entscheidungen des Kreises als sehr positiv. Hier sollte der Kreis nun auch den konsequenten nächsten Schritt vorbereiten und die Übernahme der Peter-Jordan-Schule als Schulträger in die Wege leiten. In der Presse angesprochen wurde das ja bereits. Wir hoffen nicht, dass Sie noch darauf warten, dass die CDU-Fraktion einen Antrag dazu stellt.

Im Bereich des Jugendamtes sehen wir erste Bewegungen. Es macht uns Mut und ringt uns Respekt ab, dass in der kurzen Zeit mit der neuen Leiterin des Jugendamtes, Frau Stadler, bereits so viel bewegt wurde.

Aber gerade im Bereich des Jugendamtes sind die Aufgaben, die der Kreis wahrnimmt, von besonders großer Bedeutung. Die Schaffung neuer Kita-Plätze ist eine herausfordernde, aber umso wichtigere Aufgabe, der sich der Kreis mit allen Kräften widmen muss.

Für junge Familien ist es dramatisch, wenn sie für ihre Kinder keinen Platz in der Kita finden. Die Rückkehr in den Arbeitsmarkt ist dadurch gefährdet, die sozialen Verwerfungen werden größer. Es müsste jedem klar sein, dass das in Zeiten des Fachkräftemangels ein Problem für die gesamte Gesellschaft ist.

Die Zahlen im Kreis Heinsberg sind alarmierend. Zu vielen Kindern bleibt ein Platz in der Kita verwehrt. Unter hinter jedem dieser Fälle steckt eine verzweifelte Familie.

Untrennbar mit den Überlegungen zu Kita-Plätzen und Gebäuden ist damit die Frage verbunden: Wie finden wir Personal in den Kitas? Gut, dass es hier im Hause gemeinsam mit den Berufskollegs die ersten Überlegungen gab, wie dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern entgegengetreten werden soll.

Das Azubi-Wohnheim im Kreis Heinsberg könnte aus unserer Sicht in diese Frage ein Baustein sein, einen Schritt weiterzukommen.

Vor allem müssten aus unserer Sicht dafür auch auf der Landesebene andere Weichen gestellt werden. Leider können wir die Zustände auf dieser Ebene nur beklagen, aber nicht ändern.

Die ersten Schritte im Kinderschutz und der Prävention bewerten wir als positiv, klingen in unseren Ohren die Nachrichtenmeldungen aus Lügde und Münster noch nach. Insbesondere die Pandemie hat die Lage für Kinder noch einmal dramatisch verschärft. Mit der Schaffung der Stellen im Bereich des Jugendamtes zeigt man nun, dass man bereit ist, den warmen Worten auch Taten folgen zu lassen. Denn das Bemühen um das Wohl der Kinder im Kreis Heinsberg darf nicht nur ein leeres Versprechen sein, sondern muss sich in konkreten Maßnahmen ablesen lassen.

Lassen Sie mich noch einmal auf unseren Antrag zum Azubi-Wohnheim zurückkommen. In der heutigen Zeit ist es durchaus üblich, dass nicht nur Studenten, sondern auch Auszubildende ihre Ausbildung nicht wohnortnah beginnen. Ob eine Ausbildung begonnen werden kann, ist mit der Wohnungsfrage fest verbunden.

Mit Blick auf die Wohnungssituation im Kreis Heinsberg, ist es für diesen Personenkreis im Moment sehr schwer, eine geeignete Wohnung zu finden.

Wir finden es weiterhin bedauerlich, dass die Wohnraumstudie nicht zum Anlass genommen wurde, auch dieses Thema kreisweit anzupacken. Stattdessen wird die Wohnungsnot verwaltet.

Beim Thema Musikschule ist es erstaunlich, wie die Verwaltung dieses Thema angegangen ist. Natürlich muss man bei der Sanierung eines Altbaus auf Überraschungen gefasst sein. Darauf haben SPD und FW-Fraktion in der Kreistagssitzung am 19.6.2019 hingewiesen. Das Gebäude aus dem Jahr 1884 soll nun im Herbst 2023 eröffnet werden, etwa ein Jahr später als geplant – vorausgesetzt, dass jetzt alles nach Plan verläuft. Die Mehrkosten belaufen sich bislang auf rund 400.000 €.

Einen Beitrag zur Unterstützung und Beratung von Betroffenen leistet in unserem Kreis das Frauenhaus, welches seit zwei Jahren eine wichtige Arbeit leistet. Für die SPD-Fraktion ist klar, dass das bestehende Angebot Planungssicherheit verdient und benötigt. Überrascht waren wir von den Reaktionen auf unsere gemeinsame Anfrage mit der FDP-Fraktion zur Frauenberatungsstelle. Wenn das Land sicher für die Finanzierung aufkommt, wie Grüne und CDU behaupten, fragen wir uns, warum der Kreis Heinsberg Ende 2022 noch nicht beziffern kann, wieviel Geld er selber zur auskömmlichen Finanzierung beitragen muss. Tatsache ist, dass Gelder, die in den vergangenen Jahren aufgestockt wurden, gekürzt wurden. Die Argumentation von CDU und Grünen haben wir verstanden - es wurden nicht alle Gelder abgerufen. Aber noch einmal: Das ist aus unserer Sicht kein Grund, Mittel zu kürzen, sondern belegt die Notwendigkeit auf die Förderbedingungen zu schauen und dort Hürden abzubauen, die es offensichtlich gibt.

Der Stellenplan wird jedes Jahr um weitere Stellen ergänzt. Aus dem Stellenplan geht aber nicht hervor, wie viele Stellen überhaupt besetzt sind. Auch vakante Stellen, müssen im Haushalt mit Geld hinterlegt werden und wirken sich auf den Haushaltsplan aus. Herr Goertz, wir haben das bereits mit Ihnen besprochen. An dieser Stelle erwarten wir zukünftig mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Der Klimaschutz im Kreis Heinsberg ist ein zu kleines Pflänzchen, dessen Wachstum noch erheblich gefördert werden muss. Da nützen noch so viele vollmundige und pressewirksame Ankündigungen von Vorhaben nichts, wenn die Ausführungen auf sich warten lassen.

Auch bei uns sind seit Jahren schon Dürreperioden oder auch Hochwasser zu beobachten. Diese Wetterkapriolen haben mehr und mehr Auswirkungen auf Flora und Fauna in unserem Kreis. Hinzu kommen weitere Herausforderungen für unsere Umwelt wie z.B. übermäßige Düngung, Aufbringen von Gülle und Verschmutzung der Luft durch den Ausstoß von CO₂.

Wir müssen dringend darüber sprechen, wie wir mit den Klimafolgen umgehen können, der Klima- und Umweltschutz sollte im Kreis Heinsberg konsequenter und mit einer höheren Priorität verfolgt werden.

Umso enttäuschter sind wir daher über den Umgang mit unserem Antrag zum Klimafonds. In einer Anfrage nach dem aktuellen Sachstand, teilte die Verwaltung mit, dass keine weitere Beratung in der Kreispolitik vorgesehen ist, weil die Bürgermeister – auch aus finanzieller Sicht – sich dagegen ausgesprochen haben.

Dabei wäre ein Klimafonds im Kreis Heinsberg ein gutes Instrument, um Bürgerinnen und Bürger im gesamten Kreisgebiet bei Investitionen in den Klimaschutz finanziell zu unterstützen. Es wäre aus unserer Sicht ein guter

Weg, um den Klima- und Umweltschutz vor Ort zu intensivieren, Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in umweltfreundliche Alternativen zu investieren.

Nach vielen Jahren der Diskussion und einer Verzögerung durch die Corona-Pandemie ist im Sommer 2022 das School-and-Fun-Ticket endlich an den Start gegangen.

Eltern von Schülerinnen und Schüler an Kreisschulen zahlen nun einen Eigenanteil von 14 Euro, damit ihre Kinder das Ticket nutzen können. Auf die Nennung weiterer Details sei an dieser Stelle verzichtet.

Doch erst vor zwei Wochen informierte der Landrat die Eltern von Kreisschülerinnen und -schülern in einem für Eltern eher unverständlichen Schreiben per Mail darüber, dass möglicherweise eine Umstellung auf das 49 Euro Ticket für den Schulträger vorteilhaft sei.

Viele Eltern schlugen Alarm: eine Erhöhung von 14 auf 49 Euro könne ja wohl nicht wahr sein!

Wir wünschen uns, dass hier in der Kommunikation nachgesteuert wird, denn für uns alle muss klar sein, dass es keinesfalls zu Verschlechterungen oder Verteuerungen für die Eltern kommt. Wir können den Eltern nicht noch mehr aufbürden und fordern

a) einen kostenlosen ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler.

b) dass der Kreis sich auch auf Landesebene dafür einsetzt, einen kostenlosen ÖPNV für Schülerinnen und Schüler in die Tat umzusetzen.

(Ich schaue jetzt auch einmal in die Richtung der Grünen Fraktion, deren Wahlversprechen das in NRW war.)

Unbenommen der Veränderungen durch das 49 Euro Ticket, ist eine Verbesserung im Bereich des ÖPNV unerlässlich. Auch, um die Akzeptanz bei den Schülerinnen und Schülern und vor allem bei den zahlenden Eltern zu erhöhen.

Der Ausbau des ÖPNV-Angebotes ist eine der Hauptaufgaben im Kreis Heinsberg. Was nutzt ein günstiges Deutschland-Ticket, wenn das Angebot – bei uns wie auch anderswo im sogenannten ländlichen Raum – unzureichend ist. Unsere Verkehrsgesellschaft, die WEST, ist mit guten Ideen unterwegs und einige Verbesserungen haben auch bereits stattgefunden. Vieles von dem, was es umzusetzen gilt, hängt jedoch von der Finanzierung ab. Es wäre fatal, wenn die Einnahmeverluste aufgrund der Einführung des Deutschland-Tickets dazu führen würden, notwendige Verbesserungen in der Qualität und dem Angebot des ÖPNV und des SPNV zu verzögern oder gar zu verhindern.

Es braucht weitere Schnellbuslinien, eine verlässlichere Umsteigerelation von Bus zu Bus sowie Bus zu Bahn und die Ausweitung des Betriebs an Feiertagen und Wochenenden.

Insbesondere muss auch die Anbindung an das Busnetz im ländlichen Raum nach dem Unterricht ausgeweitet werden, damit das Ticket seine Wirkung entfalten kann.

Der Multibus ist ein gutes Angebot unserer WEST Verkehr. Allerdings müssen „Kinderkrankheiten“ abgestellt werden, wenn das Vertrauen in dessen Zuverlässigkeit nicht Schaden nehmen soll. So wird berichtet, dass Fahrten nach erfolgreicher Buchung kurzfristig abgesagt werden. Auch die Zeiträume, in denen das Angebot zur Verfügung steht, sollten ausgeweitet werden.

Zu einem noch attraktiveren Lebens-, Lern- und Arbeitsraum gehört auch ein gut ausgebautes Radwegenetz.

Ziff. 7 des Leitbildes sagt dazu:

„Der Kreis Heinsberg hält sein Radwegenetz instand und baut es verstärkt aus. Ein flächendeckender Ausbau eines Netzes von Rast- und Ladestationen unter Einbeziehung öffentlicher sowie privater Akteure und der Wirtschaft wird angestrebt.“

Die Realität ist, dass nur ein Bruchteil der 185 km langen Kreisstraßen mit Radwegen versehen sind, viele davon in erbärmlichem Zustand.

Der Fahrradwegeausbau gestaltet sich viel zu langsam. Wenn wir die Mobilitätswende im Kreis Heinsberg erreichen möchten, ist neben der Verbesserung des ÖPNV auch der Ausbau und die qualitative Erhaltung von Fahrradwegen ein Beitrag dazu.

Auch hier gehen Anspruch – u.a. aus dem Leitbild, aber auch aus vielfältigen Statements von Ihnen, Herr Landrat oder von der WFG (Heinsberger Land – Tourismus) - weit auseinander.

Das Netz von Ladestationen für e-Bikes wie e-Autos im Kreis Heinsberg ist noch sehr lückenhaft und als sehr dürftig zu bezeichnen. Dem Erfordernis einer Verkehrswende wird dies in keiner Weise gerecht.

Auch hier bedarf es mehr Anstrengung, weil Themen wie bezahlbarer Wohnraum und Mobilitätswende von hoher Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen sind.

Positiv erwähnen möchte ich an dieser Stelle die ersten Haushaltsansätze für das Errichten eines Solarparks auf der Mülldeponie in Rothenbach -

den größten Solarpark in NRW. Wir sind sehr froh über diese positive Entwicklung - was lange währt, wird (hoffentlich bald) endlich gut.

Klimaschutz bedeutet jedoch nicht, auf jeden Straßenneubau zu verzichten und jedes neue Gewerbegebiet zu bekämpfen. Klimaschutz ist nicht nur durch Verzicht erreichbar, sondern in erster Linie durch technologischen Fortschritt. Das geht aber nicht gegen, sondern nur mit der Industrie und dem Mittelstand, die wir hier bei uns im Kreis willkommen heißen und denen wir gute Bedingungen bieten möchten. Aus dieser Perspektive werden die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsworkshops, mit denen wir uns in den Gremien des Kreises noch befassen werden, aus unserer Sicht zu bewerten sein.

Wie in jeder Haushaltsrede stellt sich am Ende die Frage, ob die genannten Kritikpunkte gleichwohl eine Zustimmung zum Haushalt zulassen. Wir haben diese Frage in unserer Fraktion, auch mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Krisensituation, trotz der Defizite mit ja beantwortet. Im Kreisausschuss haben wir das bereits deutlich gemacht. Aber wir haben auch die Erwartung, dass der Kreis bei den genannten Themen seine Hausaufgaben macht. Gerne auch mehr als das Nötigste.

Enden möchte ich mit einem besonderen Dank an Sie, Herr Goertz, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche an der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligt waren.

Zum dritten Mal hintereinander verabschieden wir unseren Haushalt, nachdem das Haushaltsjahr bereits begonnen hat. Diesmal jedoch nicht pandemiebedingt, sondern weil die Landesregierung die für die Haushaltsaufstellung erforderlichen Zahlen zu spät übermittelt hat. Ich hoffe, das ändert sich in diesem Jahr, sodass ich die nächste

Haushaltsrede wieder wie gehabt mit den besten Wünschen für das Weihnachtsfest und das kommende Jahr schließen kann.

Daher wünsche ich jetzt uns allen hier für das bereits begonnene Jahr eine gedeihliche Zusammenarbeit und den Menschen in unserem Kreis alles Gute.